

Menschenrechtlerin verurteilt

Mitte Oktober 2011 wurde die Menschenrechtsaktivistin Jintana Keawkhao zu einer viermonatigen Haftstrafe verurteilt. Die Anklage gegen Keawkhao wurde bereits 2004 erhoben, jedoch aus Mangel an Beweisen fallen gelassen. Grund für die Anklage war ihre angeblich führende Rolle bei der Stürmung einer Feierlichkeit in einem Kohlekraftwerk der *Union Power Development*, gegen das zuvor protestiert wurde. Nach Aussage von Keawkhao wurde die besagte Feierlichkeit nicht gestürmt, lediglich wollten sie und Mitglieder der Umweltschutzorganisation *Nature and Environmental Conservation Group* eine Petition bei Verantwortlichen des Kraftwerks einreichen. Auf Grund unstimmgiger Zeugenaussagen ließ das Gericht die Anklage fallen. Vertreter des Kohlekraftwerkes gingen in Revision vor einem Gericht auf Provinzebene, das sie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte. Da Keawkhao trotz der Diskrepanzen zwischen der Aussage des Klägers und der Verteidigung, nicht genügend Beweise vorbringen konnte, die ihre Unschuld beteuerten. Nachdem sie das Urteil vor dem obersten Gerichtshof angefochten hatte, entschied dieser im Oktober 2010 die Gefängnisstrafe auf vier Monate zu verkürzen. Erst im Oktober 2011, sieben Jahre nach Anklage, wurde das Urteil verkündet. Menschenrechtler sehen in diesem Urteil eine quasi Strafbarmachung der Verteidigung von Menschenrechten.

vgl. www.humanrights.asia 13.10. 2011

Thaksin will nicht zurück in die Politik

Der ehemalige Premierminister Thaksin betonte Ende Oktober 2011, dass er nicht zurück in die thailändische Politik wolle. Auch wenn ihn viele seiner früheren politischen Anhänger und Mitglieder seiner Pheu Thai Partei zurück an der Regierungsspitze sehen wollen, bestätigte er, dass die Fackel nun an seine jüngere Schwester Yingluck Shinawatra weitergereicht wurde und seine Generation nicht in die Politik zurückkehren solle. Trotz allem, so Thaksin, stehe er tief in der Schuld der thailändischen Bevölkerung und werde gerne mit seinem Rat zur Seite stehen, sich jedoch zukünftig nicht mehr in Managementangelegenheiten einmischen.

Zudem erklärte Thaksin, dass es seiner Schwester leichter fallen werde, das Land zu vereinen, da sie eine Frau sei. Er hofft zudem, nach fast fünfjährigem Exil in sein Heimatland zurückkehren zu können, ohne gerichtliche Strafen fürchten zu müssen. Ebenfalls widersprach er politischen Stimmen, die befürchteten, dass mit seiner Rückkehr nach Thailand eine Versöhnung nicht möglich sei. Es ging nun darum zu vergeben und zu vergessen, nur wenn beide Seiten an der Versöhnung arbeiten, würde diese auch langfristig funktionieren. Dafür müssten politische Gegner ihn zukünftig ignorieren, so Thaksin.

vgl. BP 17.10.2011

Schießerei auf dem Mekong

Anfang Oktober 2011 wurde auf dem Mekong in der Provinz Chiang Rai auf ein chinesisches Frachtschiff geschossen, hierbei kamen 13 chinesische Besatzungsmitglieder ums Leben. Neun Armeeeoffiziere werden des Mordes angeklagt, darunter ein Leutnant und ein Major. Die Polizei untersuchte den Hintergrund der Opfer. Chalerm Yubamrung, stellvertretender Premierminister der ebenfalls die Obacht über die nationale Polizei hat, sagte, dass er das Militär von der Schießerei distanzieren. Die Tat sei eine persönlich motivierte Handlung gewesen

und habe nichts mit der Armee zu tun. Guo Shaochun, Vizeleiter der Abteilung für konsularische Angelegenheiten der chinesischen Regierung, forderte Kompensation von der thailändischen Regierung für die Familien der Opfer. Die Tat hatte in China großes Aufsehen erregt, sodass von thailändischer Seite hohe Beamte mit der Aufklärung des Falles beauftragt wurden und ebenfalls nach China entsandt wurden, um über den Stand der Ermittlungen zu berichten.

vgl. BP 30.10. 2011

Tauchlehrer profitiert von Hochwasser

Sermsak Posayajinda, Tauchlehrer mit über 20 Jahren Taucherfahrung, profitiert von den massiven landesweiten Regenfällen. Durch seine Erfahrungen im Orten und Bergen von Gegenständen sowie dem Schiffwracktauchen, ist er nun in den überfluteten Industriegebieten nahe Bangkok aktiv. Sermsak reagierte auf die Lage vieler Industriefirmen, deren Anlagen, Maschinen und Werkzeuge den Überschwemmungen zum Opfer fielen. Bereits bei den Anfrage von Firmen handelt es sich größtenteils um ja-

panische und taiwanesischen Unternehmen, die sich die Bergung ihrer Geräte einiges kosten lassen. Umgerechnet zwischen 10.000 und 25.000 Euro, je nach Aufwand des Einsatzes, nimmt er für seine Leistung. Dennoch lohnt sich für viele Unternehmen Sermsaks Einsatz, da die Kosten für Neuanschaffung und Wiederherstellung von Geräten seinen Lohn um einiges übersteigen, auch weil derzeit nicht absehbar ist, wann sich die Hochwasserlage wieder normalisiert.

vgl. BP 2.11.2011

Überschwemmungen nicht hausgemacht

Der Direktor des Ingenieur-Beratungsbüros *Team Group* erläuterte Ende Oktober 2011, dass die massiven Überschwemmungen in Zentralthailand und im Bangkoker Raum nicht durch die Einwirkungen der Menschen entstanden, sondern natürlichen Ursprungs seien. Grund für die Überflutungen seien die extremen Regenfälle, die dieses Jahr 1,4 mal höher waren als durchschnittlich zu dieser Jahreszeit, sowie eine Reihe tropischer Stürme und der jährliche Monsunregen, der die nördlichen und zentralen Provinzen erst zum Ende der Monsunzeit traf. *Team Group* ermittelte, dass sich in den letzten fünf Monaten 41 Milliarden Kubikmeter Wasser angesammelt haben, Dämme in den betreffenden Provinzen jedoch lediglich elf Milliarden fassen können. Somit er-

gab sich ein Überschuss von 30 Milliarden Kubikmetern, die abfließen und sich in tieferen Provinzen sammelten. Chawalit dementierte die Gerüchte, dass Vororte Bangkoks geflutet wurden, um das wirtschaftliche Zentrum der Metropole zu schützen. Auch wenn Bangkok geflutet würde, würde sich der Wasserpegel nur um einige Zentimeter senken. Dennoch sieht er Versäumnisse in stadtplanerischer Hinsicht und fordert verschärfte Stadtplanungsgesetze und -regulierungen. Besonders wenn durch Korruption eigentliche Grünflächen verkauft und bebaut und somit eine natürliche Wasserleitung erschwert wird, entstehen zunehmend Probleme für die Metropole Bangkok.

vgl. BP 31.10. 2011

Religiöser Tourismus nimmt zu

Der Pilgertourismus thailändischer Gläubiger zu buddhistischen Orten in Nepal und Indien nimmt an Bedeutung immer mehr zu. Einhergehend mit der verbesserten Verkehrsinfrastruktur, dem Bau neuer Hotels sowie frequentierten Fluglinien. Speziell organisierte Touren, die den Fußspuren Buddhas folgen und eigens arrangierte Zugfahrten nach Indien sind unter den Thais am beliebtesten. Circa 110 Euro pro Person und Nacht kostet eine Reise im Mahaparinirvan Express und soll besonders die thailändische Mittelklasse ansprechen. Reiseunternehmen wollen durch Mittelklassepreise verhindern, dass das Angebot nur von der reichen Oberschicht des Landes wahrgenommen wird. Besonders Gruppenreisen stehen bei den thailän-

dischen Pilgern hoch im Kurs.

Allerdings leiden die Tempelanlagen unter der Anzahl der Touristen. Zudem fehle es in Indien an einer ausgefeilten Tourismuspolitik, um Schäden an Tempeln und anderen Denkmälern zu verhindern. Auf Seiten der Veranstalter stellt sich zudem eine weitere Herausforderung: auf Grund der straff durchgeplanten Reisen ist Zeitmanagement sehr wichtig. Dennoch müsse den Gläubigen genug Zeit an den jeweiligen religiösen Orten gegeben werden, um dem eigentlichen Sinn der Reise, nämlich der Ausübung der Religion, nachkommen zu können, so die Direktorin des Reiseunternehmens.

vgl. BP 31.10.2011

Polizei reaktiviert Spezialabteilung

Auf Grund erneut vermehrter Fälle von illegalen Absprachen bei öffentlichen Ausschreibungen reaktivierte die thailändische Polizei ihre Antikorruptions-Abteilung Mitte Oktober 2011. General Surachai Khuandechakupt gab die Ausarbeitung eines Aktionsplanes gegen die Korruption bei der Vergabe öffentlicher Ausschreibungen in Auftrag. Erhöhte Nachfrage bestünde derzeit, weil viele lokale Verwaltungseinheiten Entwicklungsprojekte durchführen, die aus öffentlichen Geldern gespeist werden. Diese Projekte entstehen durch Kooperation mit privaten Akteuren, die unter Vertrag genommen werden. Es gebe jedoch Beweise, dass lokale Politiker und Privatunternehmer in einigen Provinzen illegale Vertragsabsprachen getroffen haben, um von der Vergabe öffentlicher Gelder zu profitieren. Solche Gruppen müssen unter polizeilicher Beobachtung stehen und aufgelöst werden, damit aus ihnen keine größeren kriminellen Kartelle erwachsen, so Surachai. Auch ruft er die Bevölkerung dazu auf, öffentliche Projekte zu hinterfragen und darauf zu achten, ob Bauprozesse transparent und nachvollziehbar sind. Des Weiteren betonte Surachai, dass Politiker in fast allen Provinzen von reichen Privatpersonen beeinflusst werden und deshalb Kontrollen von Seiten der Antikorruptionsabteilung auf dieser Ebene sowie auf Ebene der Stadtverwaltungen angesetzt werden müssen. Hierzu werden zukünftig siebenköpfige Teams eingesetzt, die über technische Ausstattung verfügen, um Bauvorhaben und etwaige Beteiligte zu dokumentieren. Um die oft undurchsichtigen Absprachen aufdecken zu können, erfordere es zudem der Kooperation lokaler Polizisten, der Bevölkerung sowie Firmen, die Ausschreibungsverfahren verloren oder von anderen Firmen unter Druck gesetzt wurden, so Surachai.

vgl. BP 10.10.2011